

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 648 pppn d

## Inhalt

35. Jahrgang / 164

28. August 1980

Karsten D. Voigt MdB, Geschäftsführer der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit, stellt anlässlich des Anti-Kriegstages am 1. September fest, daß die Garantie des Friedens möglich ist: Friedenspolitik am Scheideweg.

Seite 1-4

Helmut Rohde MdB setzt sich mit der Auseinandersetzung um die Montan-Mitbestimmung bei Mannesmann auseinander: Managerarroganz gegen Arbeiterrechte.

Seite 5

Dietrich Sperling MdB hält verstärktes Energiesparen weiterhin für notwendig: Verfrühter Jubel fehlt am Platz.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

Friedenspolitik am Scheideweg

Die Garantie des Friedens ist möglich

Von Karsten D. Voigt MdB  
Geschäftsführer der Initiative für Frieden, internationalen  
Ausgleich und Sicherheit

Der alljährlich am 1. September begangene Antikriegstag findet 1980 unter besonders ungünstigen Vorzeichen statt. Die krisenhafte Zuspitzung der internationalen Lage hat viele von uns in diesem Jahr betroffen gemacht. Erinnerungen wurden wach. Ältere begannen in der Familie und auf Versammlungen über ihre jahrelang im Unterbewußtsein verdrängten Erfahrungen an der Front und in Bombennächten zu sprechen.

Eine aktuelle Kriegsgefahr besteht nicht. Längerfristige Befürchtungen aber sind nicht grundlos. Die beiden Krisen von Afghanistan und Iran hatten die Gefahr bewaffneter Auseinandersetzungen in der Region und die Spannungen zwischen den Weltmächten vergrößert. Aber bereits vor der sowjetischen Intervention hatten sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten verschlechtert. Der für die Beziehungen zwischen den beiden Großmächten grundlegende SALT-II-Vertrag ist nach wie vor nicht ratifiziert worden. Nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan und der Geiselnahme in Iran wird jetzt der Rüstungswettlauf weiter beschleunigt. Er gerät ohne Vereinbarungen zwischen Ost und West noch mehr als bisher außer Kontrolle. Die Gefahr von fehlerhaften Einschätzungen der Absichten der jeweiligen Gegenseite und die Gefahr von Fehlentscheidungen der jeweiligen eigenen Seite - zum Beispiel aufgrund von technischen Fehlern und Fehlalarmen - ist gewachsen. Damit haben längerfristig auch die Gefahren weltweiter militärischer Konflikte zugenommen. Viele flüchten sich in dieser Situation in Apathie und Ohnmachtsgefühle. Andere beschränken sich auf eine aktive Unterstützung der in dieser Phase auch tatsächlich unterstützenswerten besonnenen Außen-



und Sicherheitspolitik Helmut Schmidts. Uns bleibt die Aufgabe, über die notwendige und sinnvolle Unterstützung einer im Rahmen ihrer Handlungsmöglichkeiten besonnenen Regierungspolitik hinaus zu prüfen, welche Außen- und Sicherheitspolitik, welche Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik zur Sicherung des Friedens längerfristig beitragen kann.

Wir befinden uns an einem Scheideweg der Ost-West-Beziehungen: Entweder gelingen uns in den kommenden Monaten und Jahren Schritte zur gemeinsamen Begrenzung in Ost und West, oder der Mechanismus von Rüstung und Nachrüstung wird neues Mißtrauen und neue politische Konfrontation verursachen. Die politisch Verantwortlichen sollten deshalb auch die dringende Warnung der 125 Wissenschaftler aus vielen Ländern der Welt ernst nehmen, deren medizinische Arbeitsgruppe am Dienstag zum Abschluß der 30. Pugwash-Konferenz die Aufforderung an die beiden Weltmächte, ihre Gespräche über die Limitierung strategischer Waffen baldmöglichst wieder aufzunehmen, mit alarmierenden Feststellungen verbanden: Für diejenigen, die die unmittelbaren Folgen eines atomaren Schlagabtausches überleben, aber von den langwierigen Folgen betroffen sind - und das wäre die überwiegende Zahl der Betroffenen - wäre das Leben danach ein Alptraum. Über die medizinischen Folgen eines Atomkrieges nachzudenken, sei also reine Zeitverschwendung, und ausreichender Schutz der Zivilbevölkerung unmöglich.

Die militärische Intervention der Sowjetunion in Afghanistan war ein schwerer Schlag gegen die Vertrauensbildung und gegen eine Konzeption der friedlichen Konfliktaustragung. Trotzdem gibt es zur Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik nach wie vor keine sinnvolle Alternative.

Wir müssen deshalb weiter bemüht sein, den Prozeß, der zur Aufrüstung führt, zu bremsen. Wir müssen ihn schrittweise sogar umkehren. Wir dürfen uns dabei nicht der Illusion hingeben, daß in den nächsten Jahren aus dem Rüstungswettkampf ein Wettkampf der Abrüstung und aus der bisher üblichen Abfolge von Vorrüstung und Nachrüstung ein neuer Automatismus von Vorleistung und Nachleistung entstehen könnte. Wir müssen aber darauf drängen, das Gleichgewicht der militärischen Kräfte und Fähigkeiten schrittweise durch Rüstungskontrollvereinbarungen auf ein niedrigeres Niveau zu senken.

#### Rüstungskontrolle muß in den Laboren beginnen

Gegenwärtig jedenfalls droht das Tempo bei der Modernisierung der Waffentechnologien die Wirkung von Rüstungskontrollvereinbarungen auszuhöhlen und zunichte zu machen. Zur Zeit entwickeln und stationieren Ost und West parallel zu den Verhandlungen bereits neue Waffensysteme. Sie entziehen damit ursprünglichen rüstungskontrollpolitischen Konzepten den Boden. In den Vereinigten Staaten - und sicherlich nicht nur dort - finden Rüstungskontrollabkommen gegenwärtig (wenn überhaupt) nur eine Mehrheit, wenn sie mit umfangreichen zusätzlichen Aufrüstungsprogrammen verbunden sind. Wir müssen die Aushöhlung der Rüstungskontrollvereinbarungen, eine Art Vertragsunterwanderung durch die Entwicklung neuer Waffentechnologien, erschweren. Dazu müssen wir das Instrument der militärischen und politischen Vertrauensbildung so weit entwickeln, daß auf beiden Seiten über Waffen verhandelt werden kann, die noch nicht stationiert, noch nicht produziert und - was das Schwierigste ist - die noch nicht fertig entwickelt worden sind. Die Rüstungskontrolle muß bereits in den Laboren und Forschungsinstituten beginnen.

Nirgendwo wird die Ideologie vom unbegrenzten Wachstum und der blinde Glaube an den technologischen Fortschritt so widersinnig und so gemeingefährlich wie auf dem Gebiet der Rüstung. Würde heute die fortgeschrittenste Waffentechnologie in einem Dritten Weltkrieg eingesetzt, so bedeutete dies das Ende des Fortschritts, der Technologie und des Lebens auf unserem Kontinent. Aus diesem Grunde muß Friedenspolitik der Vertrauensbildung zwischen Nord und Süd und Ost und West den politischen Vorrang vor dem Vertrauen auf neue Waffentechnologien einräumen.

Der Rüstungskontrolle gebührt deshalb der politische Vorrang vor der Nachrüstung. Wenn schon die Regierungen mit dem Tempo der Waffenproduzenten nicht mithalten können, müssen sie wenigstens politische Bremsen einbauen, die verhindern, daß die Entwicklung



neuer Waffentechnologien den Inhalt unserer Politik vorwegentscheidet. Beim Rüstungswettlauf ist, weil er in eine Sackgasse führt, ein Schritt zurück der mutigste Schritt zum Fortschritt. Hierzu gehört, daß Rüstungsentscheidungen zurückgenommen werden können, wenn sie durch politische Handlungen überflüssig geworden sind.

Es wäre unrealistisch zu erwarten, daß durch öffentliche Diskussionen und Kampagnen die NATO-Entscheidung zur Mittelstreckenproblematik revidiert werden würde. Wenn aber der Wille zu Verhandlungen ernst gemeint ist, dann kann die Dezember-Entscheidung der NATO der Sache nach nur noch eine vorläufige grundsätzliche Entscheidung über die Stationierung sein. Ob und wieviel Mittelstreckenwaffen tatsächlich stationiert werden sollen, kann abschließend erst entschieden werden, wenn die NATO die Ergebnisse von Verhandlungen vor Beginn der tatsächlichen Stationierungen bewertet. Aus diesem Grunde muß der jetzt eingeleitete Verhandlungsprozeß zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion durch eine kritische öffentliche Diskussion begleitet werden, die ihre Einflußchancen durch die Rationalität ihrer friedens-, abrüstungs- und rüstungskontrollpolitischen Vorschläge erhöht. Wer eine Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West und langfristig eine Friedensordnung in Europa zum Ziel hat, muß unsere Sicherheitsinteressen ernst nehmen und darf die legitimen Sicherheitsinteressen der Sowjetunion und des Warschauer Paktes nicht mißachten. Nur so kann uns ein schrittweiser Ausstieg aus dem Rüstungswettlauf zwischen Ost und West gelingen.

#### Schlechte Beispiele der Industriestaaten

Friedenspolitik müssen wir auch unter dem Gesichtspunkt unserer Beziehungen zu den Entwicklungsländern sehen. Diese neue Aufgabe der Friedenspolitik muß künftig noch stärker unsere Beachtung finden. Aus dem Nord-Süd-Konflikt drohen zukünftig noch größere Gefahren für den Frieden als aus dem Ost-West-Konflikt. Aber wenn wir die Eigendynamik des Wettrüstens zwischen Ost und West nicht unter Kontrolle bekommen, dann werden wir auch kaum dazu beitragen können, die Militarisierung der Dritten Welt zu stoppen. Staaten, die nicht in der Lage sind, ihre Bevölkerung ausreichend zu ernähren, die vor unüberschaubaren wirtschaftlichen und sozialen Problemen stehen, haben sich zunehmend mit militärischen Spitzenprodukten umgeben; mit modernsten Kampfflugzeugen, elektronisch gesteuerten Lenkwaffen und Raketen usw. Die Industriestaaten des Ostens und Westens haben diese Tendenz nachhaltig gefördert. Nicht nur durch ihr schlechtes Beispiel, sondern ganz handfest durch die Lieferung von Waffen und militärischen Ausrüstungsgegenständen. Die Industriestaaten haben dazu beigetragen, daß in vielen Entwicklungsländern der Militärapparat den technologisch modernsten Teil der dortigen Gesellschaften bildet. Die Bedürfnisse und Strukturen dieser Militärapparate bestimmen dann vielfach die Entwicklungstrends, die Entwicklungsperspektiven und vielfach auch die politischen Herrschaftsverhältnisse.

Auch die Bundesrepublik Deutschland war und ist an diesen Entwicklungen beteiligt. Die restriktiven Gesetze, die die Waffentransporte der Bundesrepublik regeln, waren nicht restriktiv genug zu verhindern, daß westdeutsche Militärerzeugnisse auch in den Spannungsgebieten auftauchten. Willy Brandt sagte 1977: "Unsere eigene Zukunft wird unsicherer, solange anderswo die Armenhäuser der Menschheit wachsen." Dies ist richtig, und noch mehr ist wahr: Was nützen Pläne für eine neue Weltwirtschaftsordnung und für eine gerechtere Verteilung des weltweiten Reichtums, wenn die Mittel, die hierfür benötigt werden, nicht der Bevölkerung zugute kommen, sondern den Militärapparaten und den Rüstungsprogrammen? Je größer und kostspieliger die Waffenarsenale der Dritten Welt werden, desto schwieriger wird die Bewältigung des Hungers, der Armut und der sozialen Spannungen, desto wahrscheinlicher wird eine Verschärfung - und nicht eine Abschwächung - des Nord-Süd-Konflikts.

Wir sollten uns darüber im klaren sein, daß die fortschreitende Aufrüstung der Dritten Welt die Sicherheit Europas beeinträchtigen kann. Seit die Armeen der Entwicklungsländer mit modernsten Kriegsgeräten ausgestattet sind, lassen sich militärische Konflikte immer schwerer regional begrenzen. Die Gefahr wächst, daß lokale Auseinandersetzungen in der Dritten Welt auch auf den Ost-West-Konflikt übergreifen können, zumal Warschauer Pakt- und NATO-Staaten sich häufig auf der jeweils anderen Seite zweier Konfliktparteien engagieren.



Es geht auch anders

Wir müssen dazu beitragen, den Gewaltverzicht als Grundsatz internationalen Verhaltens auch in anderen Teilen der Welt in der politischen Praxis akzeptierbar zu machen. Es wäre für den Weltfrieden verhängnisvoll, wenn die jungen Staaten der Dritten Welt mit ihren vielfach von den Kolonialstaaten gezogenen künstlichen Grenzen ebenso viele Jahrhunderte und ebenso viele Kriege wie die Europäer bräuchten, bis sie den Weg der friedlichen Regelung ihrer Konflikte finden.

Wir Deutschen brauchen eine aktive Friedenspolitik. Wohin uns Konfrontationspolitik führt, haben zwei Weltkriege gezeigt. Wir spüren heute noch deren Folgen. Es geht auch anders: Die Politik seit 1969 hat maßgeblich dazu beigetragen, daß Europa heute zu einer der stabilsten Regionen der Welt geworden ist. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte wurde ein Begriff der deutschen Außenpolitik, nämlich "Ostpolitik" international zum Sinnbild der Friedenspolitik, und das in einem Land, in dem in der Vergangenheit das Fremdwort "Zivildourage" weniger galt als die Tapferkeit von dem Feind.

Friedrich Engels hat in einer Aufsatzserie im "Vorwärts" im Jahre 1893 unter der Überschrift "Kann Europa abrüsten?" gefragt, ob es keinen Ausweg aus der Sackgasse der Rüstung gebe - außer durch einen Verwüstungskrieg, wie die Welt noch keinen gesehen habe. Und er antwortete: "Ich behaupte, die Abrüstung und damit die Garantie des Friedens ist möglich, sie ist sogar verhältnismäßig leicht durchführbar, und Deutschland mehr als ein anderer zivilisierter Staat hat zu ihrer Durchführung die Macht wie den Beruf."

Ausgehend von der heutigen politischen Lage und von den Sicherheitsinteressen der Staaten Europas, der Großmächte und - was viele zu lange übersehen haben - der Blockfreien und insbesondere der Entwicklungsländer müssen wir durch eine rationale Politik dazu beitragen, den schrittweisen Ausstieg aus dem Rüstungswettlauf durch eine rationale Friedens- und Sicherheits- und Abrüstungspolitik, durch internationale Verträge und demokratische Mehrheiten im eigenen Land praktisch möglich zu machen.

Ohne ein neues Engagement insbesondere auch von Jüngeren für die Friedens-, Rüstungs-, Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungspolitik können Impulse der öffentlichen Diskussion keinen Nachdruck bei Entscheidungen in Parlament und Bundesregierung erhalten. Die Jugend sah bis vor kurzem den Frieden - den man besser als Zustand des Nicht-Krieges bezeichnen sollte - in den kommenden Jahrzehnten in Europa als gesichert an. Sie wandte sich deshalb der Diskussion neuer Gefährdungen ihrer Zukunft durch die Zerstörung der Lebensumwelt, dem Abbau von Freiheitsrechten, den Unsicherheiten der beruflichen Zukunft und den wachsenden Gefahren des Nord-Süd-Konflikts zu.

Ohne ein breites öffentliches Engagement für Fortschritte in der Friedens-, Rüstungs-, Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungspolitik werden Kalte Krieger wieder das Klima der sicherheitspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik prägen. Auch Fachleute für sicherheits- und militärpolitische Probleme verdrängen die friedenspolitische Perspektive aus ihrer Tagesargumentation, wenn sie als Nur-Fachleute nicht in den Rahmen einer öffentlichen Bewegung zugunsten von friedlicher Zusammenarbeit, Rüstungskontrolle und Abrüstung eingebettet sind. Die ökologische Bewegung muß ihre Kritik auf die Risiken der Entwicklung atomarer, chemischer oder bakteriologischer Waffen und Risiken von Unfällen mit diesen Waffen bereits zu Friedenszeiten ausdehnen. Sie griffe zu kurz, wenn sie ihr Blickfeld auf die möglichen Folgen der friedlichen Nutzung der Kernenergie oder auf den Gebrauch von chemischen Mittel in der Landwirtschaft verengen würde. Unser Engagement für eine aktive Friedens- und Entspannungspolitik hat sich aus einer breiten Oppositionsbewegung der 60er Jahre in eine Regierungspolitik der 70er Jahre verwandelt. Dabei hat sie schrittweise ihren Charakter als politische Reformbewegung verloren. Diese friedenspolitische Reformbewegung gilt es auf der Grundlage einer möglichst rationalen sicherheits- und abrüstungspolitischen Diskussion mit dem Ziel eines breiten Engagements neu zu beleben.

(-/28.8.1980/bgy/ks/ca)



Managerarroganz gegen Arbeiterrechte  
-----

Zur Auseinandersetzung um die Montan-Mitbestimmung bei Mannesmann

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Es ist schon zynisch, wie gerade in diesen Tagen der Vorstand des Mannesmann-Konzerns mit Arbeitnehmerrechten umspringt. Präsentiert wird die alte Arroganz, alles besser zu wissen und möglichst und letztlich alles allein entscheiden zu wollen. Die europäischen Arbeitnehmer wollen aber weder zu Karteikarten staatsbürokratischer Systeme noch zu Kontrollnummern in der Datenverarbeitung der Managertechnokratie werden, weder Objekt staatsbürokratischer Planung noch privatkapitalistischer Verfügungsgewalt sein. Sie wollen die Bedingungen ihrer Arbeit und ihres Lebens mit beeinflussen, mitgestalten und mitbestimmen. Das Ende dieses Jahrhunderts wird durch ein Erstarcken des Selbstbewußtsein der Arbeitnehmer in Europa gekennzeichnet sein. Mit arroganter Managermentalität ist kein Land zu entwickeln und werden sich die Menschen nicht abfinden.

Der Vorstand des Mannesmann-Konzerns maßt sich an, die Arbeitnehmerschaft und den Deutschen Bundestag zugleich unter Druck zu setzen. Würden Gewerkschaften so handeln wie die Konzernmanager, würde man sie der politischen Nötigung anklagen. Die IG Metall wollte sich mit dem Konzern-Vorstand vereinbaren und dem Gesetzgeber Gelegenheit lassen, ohne Druck von außen zu einer dauerhaften gesetzlichen Sicherung der Montan-Mitbestimmung zu kommen. Der Konzern-Vorstand dagegen will der Arbeitnehmerschaft und dem Bundestag seinen Willen aufzwingen. Wenn das Parlament nicht bis zur Mitte nächsten Jahres so pariert, wie der Vorstand es will, sollen die Montan-Mitbestimmungsrechte entfallen. Im Hintergrund steht, daß dieses Beispiel dann in der übrigen Montan-Wirtschaft Schule machen soll.

Wie würden wohl die Arbeitgeber, ihr politischer und publizistischer Troß reagieren, wenn die Vertreter der deutschen Arbeitnehmerschaft in vergleichbarer Weise das Parlament unter Druck und unter Androhung von Konsequenzen setzen würde.

Ob Arbeitnehmer in unserem Lande gesicherte Mitbestimmungsrechte haben, ist eine soziale und politische Grundsatzfrage. Sie kann und darf nicht kleinlichem taktischem Kalkül untergeordnet werden. Die Sicherung der Montan-Mitbestimmung als der ersten und einzigen paritätischen Mitbestimmung in der Bundesrepublik ist zur Sache des Parlaments geworden und muß Sache des Parlaments bleiben. Jeder Versuch des Konzerns, vollendete Tatsachen gegen die Arbeitnehmerschaft und gegen die Mitbestimmung zu schaffen, fordert das Parlament heraus.

Was sind das bloß für Leute und politische Kräfte, die den Anspruch der polnischen Arbeiter auf Mitbestimmung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen als historischen Akt begrüßen, aber die Arbeitnehmerschaft im eigenen Lande austricksen, um ihr Recht auf Gleichberechtigung und Teilhabe bringen wollen. (-/28.8.1980/ks/ca)

+ + +



Verfrühter Jubel fehl am Platz  
-----

Verstärktes Energiesparen bleibt weiterhin notwendig

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister  
für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Die unlängst veröffentlichten Zahlen über den Ölverbrauch im ersten Halbjahr 1980 könnten manchem Anlaß zu verfrühtem Jubel geben. Der konstatierte und in der Höhe sicher eindrucksvolle Rückgang könnte als Anzeichen einer Entspannung der Energiesituation mißdeutet werden. Keinesfalls aber darf er Anlaß sein, auch nur mit dem Gedanken zu spielen, man könne in punkto Energiesparpolitik nun schon die Hände in den Schoß legen. Vielmehr muß gerade für das Energiesparen im Baubereich die eingeleitete Sparpolitik auch in Zukunft konsequent fortgesetzt werden.

Die jetzt veröffentlichten Zahlen können auf eine erfreuliche Veränderung im Verbraucherverhalten, gerade beim Umgang mit Heizenergie, hindeuten. Ebenso machen sich ohne Zweifel auch erste Auswirkungen der verschiedenen Energiesparaktivitäten der ablaufenden Legislaturperiode bemerkbar, seien es nun die energiesparenden Auflagen für den Neubaubereich, seien es Auswirkungen des Förderprogramms für den Althausbestand. Allerdings: Das Förderprogramm für den Althausbestand beispielsweise wurde erst 1978 gestartet, sein Erfolg kann bisher nicht so durchschlagend sein, daß er die neuesten Zahlen erklären könnte. Ähnliches gilt für die Auflagen im Neubaubereich, die erst seit 1977 gelten und damit maximal rund eine Million des Wohnungsbestandes von rund 24 Millionen Wohnungen erfaßt haben.

Für die im ersten Halbjahr 1980 erreichten Werte können und sind aller Wahrscheinlichkeit nach andere Gründe maßgeblicher gewesen. So war, um nur einen Punkt herauszugreifen, der Winter 1979/80 wesentlich weniger hart als der Krisenwinter des Vorjahres, was nicht ohne Einfluß auf den Heizölverbrauch im Wohnungsbereich geblieben sein dürfte. Wichtiger sein dürfte noch, daß die jetzt veröffentlichten "Verkaufszahlen" wenig über den tatsächlichen Verbrauch aussagen. Grundlage für den Einkauf von Heizöl ist ja vor allem der Preisfaktor, der den Zeitpunkt zu dem die Hauseigentümer ihr Öl "bunkern", bestimmt. Die Tatsache, daß die Verbraucher heute die aktuelle Ölpreisentwicklung bei der Kaufentscheidung berücksichtigen, ist sicher begrüßenswert. Sie macht aber zugleich deutlich, daß Vergleichszahlen über den Heizöleinkauf zwischen zwei Jahren durchaus trügerisch sein können.

In jedem Fall sind die jetzt veröffentlichten Zahlen, wenn man etwa an den vorhandenen Vorrat denkt, außerordentlich positiv zu werten. In jedem Fall sind sie auch Erfolg der energiepolitischen Maßnahmen. Gefährlich könnten sie sein, wenn sie als Beruhigungsspiel wirkten, nämlich, daß Bemühungen um verstärktes Energiesparen und rationelle Verwendung von Primärenergie eigentlich nicht nötig seien.

(~/28.8.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

